Saar-Zeitung

Organ der Zentrums-Partei für das Saargau

1892 SUBSIDIAT AVE FOVEO 1924

Gegründet

Tage- und Anzeigenblatt für Handel u. Gewerbe

Monatlicher Bezugspreis: Durch unsere Agenten 4.40 Frs. Bilder 0.60 Frs. bezogen 4.80 Frs. Zeitungspreis: Die Spaltzeile mm. Zeile, 40 mm. breit 0.45 Frs., Für Deutschland 0.35 Frs., ausgenommen zum Tagesturs, Reklame 0.90 Frs. Die 90 mm breite Reklamezeile 0.60 Frs.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen nehmen an alle Postanstalten. Die Geschäftsstelle befindet sich, Kleiner Markt Nr. 1. Telegramm-Adresse: Saar-Zeitung. Fernsprecher Nr. 60 Postcheck 69.

Nr. 75. Saarlouis, Freitag, den 11. April 1924. 53. Jahrgang.

Die Saarländische Arbeitskammer.

Im Zeichen der Wahlvorbereitung.

Zentrum und Gemeindewahlen

von Justizrat Mannig, Vorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung der Deutschen Zentrumspartei und der Rheinischen Zentrumspartei.

Die nachfolgenden Ausführungen sind zwar hauptsächlich für die bevorstehenden deutschen Wahlen gemünzt, dürfen jedoch bereits grundsätzlichen Charakter, daß sie auch über von großem Interesse sein werden.

Wie einzelnen Orten kommen Mitteilungen, daß man sich mit dem Gedanken trägt, für die Gemeindewahlen keine besonderen Zentrumslisten aufzustellen, sondern die Gemeindewahlen auf Grund von Standes- oder Berufslisten vorzunehmen. Gegenüber solcher Bestrebungen erscheint es angebracht, mit aller Deutlichkeit auf die Grundsätze der Zentrumspartei zu den Fragen der Kommunalpolitik nochmals zu ausführen.

Die Zentrumspartei hält grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß die Gemeindepolitik nur ein Teil der Staats- und Reichspolitik ist, daß also für die Gemeindepolitik dieselben Grundsätze maßgebend sein müssen, die das Zentrum in den Reichs- und Landtagswahlen vertreten. Das Wahlprogramm der deutschen Zentrumspartei, welches von der höchsten Instanz der Partei für die Gesamtpartei als verbindlich erklärt worden ist, erklärt es als die besonders kämpfende Aufgabe jedes Zentrumsabgeordneten, daß auch in der Gemeindepolitik die Zentrumsgrundsätze maßgebend sein müssen. Diese Auffassung hat sich mit der Tradition unserer Partei, die vor allem durch Jahrzehnte Ludwig von Ende verkörpert führte bei Rheinischen Zentrum Karl Fuchsius immer wieder mit aller Deutlichkeit vertreten, und zwar stets in wiederholten Kundgebungen zum Ausdruck gebracht worden ist.

Deutschen Standpunkt nehmen die Leitsätze für die Vorbereitung der Gemeindewahlen ein, die ebenfalls von allen Zeitungen unserer Partei für die Gesamtpartei als verpflichtend erklärt worden sind. Die Leitsätze, die von der Zentralstelle der Kommunalpolitischen Vereinigung der Deutschen Zentrumspartei, Köln, Hubertusstraße 11, bezogen werden können, machen zur Bedingung für die Aufstellung von Zentrumslisten in jeder Gemeinde nennenswerten Umfangs grundsätzlich Stanbes- und Wirtschaftslisten als einen Verstoß gegen das Zentrumsprogramm an, die besonderen Interessen der einzelnen Stände dürfen nicht zu Lasten der Aufstellung der Kandidatenlisten berücksichtigt werden, aber dieselben werden niemals ausschließlich sein. Einzelpersonen mit anderen Parteien aber Gruppen, die in ganz besonderen Massenpsychosen vielleicht zweckmäßig sein mögen, dürfen nur mit Zustimmung des Provinzialvorstandes der Partei aufgestellt werden.

Diese von den maßgebenden Instanzen der Partei aufgestellten Grundsätze werden auch bei Klasse als wichtig bestätigt durch die jahrzehntelangen Erfahrungen unserer Partei auf kommunalpolitischen Gebiete: Wenn wir in der Reichs- und Staatspolitik unsere Parteigrundsätze zur Anwendung gebracht wissen wollen, so ist es nur folgerichtig, wenn wir auch auf dem Gebiete der Kommunalpolitik nach bestimmten bewährten Grundsätzen arbeiten wollen, weil die Geschichte der Zentrumspartei auch hier Erfolgreiches bietet. Die anderen Parteien haben grundsätzlich auf denselben Standpunkt, so treten überall da, wo sie zusammenkommen müssen, gemeinsam mit Parteilisten auf, wobei sie sich dort Platz dem Anschauungsleben von Bürgermeistereien und ähnlichen Listen, wo sie bei offenbaren Mißstreben keine nennenswerten Erfolge zu verzeichnen haben würden. Für unsere Zentrumsanhänger stehen in jeder Gemeinde, auch in den kleinsten, große dieselbe Interessen auf dem Spiel: Kulturpolitische Fragen, Schulfragen, Religionsfragen, Fragen der Angehörigen der Wohlfahrtspflege, die jetzt ungeheuer wichtig sind, beschäftigen jeden Gemeindepaulament. Daneben stehen wir auch auf dem Boden der Verfassungsgarantie der Angehörigen aller Konfessionen bei der Besetzung der Beamtenstellen zu achten, bekanntlich ein Gebot, auf welchem die Zentrumspartei bereits mit der Beseitigung alles Unrechts gesetzet hat, aber auch noch sehr viel zu leisten haben wird. Ohne eine Zentrumsfraktion lassen sich diese Aufgaben nicht leicht lösen, die Zentrumsfraktion muß deshalb grundsätzlich also aber auch keine arbeitsfähige Zentrumsfraktion schaffen.

Der ausschließende Gesichtspunkt muß sein, daß keine Standesgruppe, die lediglich nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zusammengestellt sind, in sich zur Unfruchtbarkeit verurteilt sind. Wenn ein Gemeindeparlament lediglich aus den Vertretern der einzelnen Stände zusammengestellt ist, prallen die wirtschaftlichen Gegensätze in ungeheurer Schärfe aufeinander, weil das ausgleichende und verbindende Moment fehlt, welches man erreichen könnte, daß ist, um aber den Gegensatz der Stände hinweg zu Mittelpunkt der Gemeindeparlaments zu fruchtbarer Arbeit zu Dienste der Gemeinwesens hinwegzuräumen. Wenn das Gemeindeparlament auf politischer Grundlage zusammengestellt ist, wenn alle Bestrebungen auf dem Boden einer gemeinsamen Weltanschauung zusammengefunden haben und von dieser höheren Warte aus an ihre Arbeit herangehen, dann ist das Plausibelste gewonnen, um über den Gegensatz der Stände die Brücke des Ausgleichs zu schlagen, der nun einmal notwendig ist, wenn das Wohl der Gesamtheit nicht zu kurz kommen soll. Das ist die Erfahrung aller parlamentarischen Arbeit und unsere Freunde müssen daraus auch für die Gemeindeparlamente ihre Anhanwendung ziehen, wenn die Arbeitsintensität der Gemeinden nicht zu kurz kommen sollen.

Die Erfahrungen der letzten Jahre haben die schweren politischen Bedenken gegen die Standes- und Berufslisten nun verstärkt. Wenn unsere Parteifreunde bei den Wahlen sich in Standeslisten zersplittern, dann ist es begreiflich, daß, auch der Wähler, an die praktische Verwendbarkeit dieser Mittel beginnt, sich mit einem Stimmzettel einer gemischten Zentrumsmandatsliste zu einer arbeitsfähigen, von echten Zentrumsgeiste erfüllten Fraktionen zusammenzutragen. Es wichtig auch ein guter Wahlerfolg für unsere Partei ist — noch wichtiger fast ist es, daß diese Wahlen eine tüchtige und arbeitsfähige Fraktion in das Gemeindeparlament entsenden. Denn die eigentliche kommunalpolitische Arbeit unserer Partei muß von einer Fraktion, diesen selbstverständlichen Bestimmter jeder politischen Arbeit, geleistet werden. — Wahrheitlich, die bei — mein Abgeordneten — vor die übrigen Parteien in Frage kommen, haben sich

Teil werden, die eine sichere Gewähr für die Besetzung der vorgelegten Liste bieten, die Liste der Deutschnationalen Volkspartei zu wählen.

Zentrum und Bayern.

wb. Berlin, 10. April. Wie die Germania hört, wird die Christlich-Soziale Partei in Bayern sich mit der Zentrumspartei verschmelzen und zu existieren aufhören. Die bisherigen Christlichsozialen werden bayerische Zentrumspartei, soll, wenn Zitel trägt: Zentrumspartei (Christlich-Soziale Partei).

Der hosardeur Poincaré.

wb. Paris, 10. April. In der Verhandlung der Nationalversammlung schreibt das Oeuvre, Poincaré habe alles auf eine Karte. Hätten die deutschen Industriellen, die am Rhein und Ruhrtrust zusammenfassen sollen, sie haben nicht die Kredite gefunden, die sie benutzen und entfalten sollen, sie außerstande, weiter zu arbeiten, wenn die Franzosen und Belgier ihnen keine Erleichterung ihrer Lasten verschaffen, so habe man den Bruch. Poincaré verfährt die Franzosenpolitik wohnen und die neuen Zeuung aus. Er liefere den beiden Nationalisten Argumente, die gegen jede Verständigung auf der Grundlage der Sachverständigenbericht sind. Er lese eine Finanzpolitik aus. Er ergreife die Alliierten und die Neutralen. Die ganze Kombination der Sachverständigen beruhe auf der Wiederherstellung des Vertrauens und des Kredits. Wenn man Deutschland Bedingungen auferlege, wenn er diese Wiederherstellung unmöglich. Er ruiniere in einem einzigen Augenblick das Ergebnis der langen Bemühungen der beiden internationalen Komitees. Man könne kaum glauben, daß er wirklich daran denke, in denselben Augenblick, in dem man einer anderen Seite bei der Lösung des ganzen Problems heranmahne.

Die Milnmerkriege.

wb. Berlin, 10. April. Wie man hört, werden die Verhandlungen über die Milnmerkriege morgen fortgesetzt. Es wird aber darauf hingewiesen, daß auch das Entgegenkommen der Regierung bei der Ausgestaltung der Milnmerkriege bereits weit gehen und daraus zweifelsohne erwartet werden kann, daß die Regierung die Milnmerkriege, die man gegen die anderen an den Einzelheiten beteiligten Parteien erhoben, und mit den man bisher in einem Wahlkampf stehende Zentrumspartei ausgeschaltet und damit in den Reihen unserer Parteifreunde Unstimmigkeiten geschaffen werden.

Wie man hört mit den Gedanken von Standes- oder Einzelmitlisten, die man von dieser Seite aus, sehr kritisch erwogen. Man wird dabei aber auch davon denken müssen, welche Nachwirkungen derartige deutsche Sonderbestrebungen auf den Wahlkampf in benachbarten Teilen haben werden. Wirtschaftsverbände es nicht verstehen, daß wir an den einen Tag gemeinsame Listen mit deutschen Parteien und Gruppen aufstellen, die wir im Nachbarorte bekämpfen. Zum Nachteil und offenes Visier und im Wahlkampf um die Mandate der kommunalen Körperschaften zu führen. Gerade die Zentrumspartei, in jeder Gemeinde nach den Wählen Zentrumsfraktionen, jede Zentrumsfraktion hinein in die Kommunalpolitische Vertretung der Deutschen Zentrumspartei? Erfahrungen langer Jahre und die grundsätzlichen Forderungen unseres Programm, aber auch Gesichtspunkte der praktischen Arbeit, machen uns diese Aktionen zur Pflicht. Ihre treue Erfüllung wird die Schlagkraft des Zentrumsgedankens auch für die Kommunalpolitik wirksam machen und damit die Grundlage für eine erfolgreiche Arbeit nach soll bisher Schritte schaffen.